

## WAS AUF DICH ZUKOMMT!

### ALS MENSCH MIT EINSCHRÄNKUNG

- Streichung der individuellen Schulbegleitung
- kein Kindergeld bei stationärer Unterbringung
- Reduzierung von Fahrdiensten
- Einschränkung der individuellen Assistenzleistungen
- Einschränkung den Wohnort selbst bestimmen zu dürfen
- Absenkung der Einkommens- & Vermögensfreigrenzen

### ALS PFLEGENDE\* R ANGEHÖRIGE\* R

- Kürzungen der Rentenansprüche
- Wegfall der Entlastungsleistungen 1 (z.B. Haushaltshilfe und Unterstützungsangebote)
- Einschränkungen bei Verhinderungs- & Entlastungspflege

### ALS ARZT\*ÄRZTIN / THERAPEUT\*IN

- höherer Kostendruck durch stärkere Budgetierung (inklusive bisher freier Leistungen)
- Wegfall von Anreizen (z.B. für Patient\*innen-Neuaufnahmen und schnell verfügbare Termine)
- geringere finanzielle Planungssicherheit
- höhere Behandlungsfrequenz
- mehr Bürokratie

## WIR WOLLEN EINEN SOZIALSTAAT ...

1. ..., also starke, verlässliche und solidarisch finanzierte soziale Sicherungssysteme und eine gerechte und auskömmliche Finanzierung des Gemeinwesens.

2. ..., der handlungsfähig und bürgernah in Bund, Land und Kommunen ist.

3. ..., der Gute Arbeit sichert, Übergänge auf dem Arbeitsmarkt in Krisenzeiten ermöglicht und Arbeitslosigkeit vorbeugt.

4. ..., der Armut verhindert, soziale Ungleichheit verringert, Inklusion fördert und soziale und wirtschaftliche Teilhabe für alle ermöglicht.

5. ..., der das Klima schützt und den ökologischen Umbau mit sozialer Sicherheit verbindet.

Impressum: ver.di-Bezirk Mittelbaden-Nordschwarzwald  
Geschäftsführer: Thorsten Dossow  
Rüppurrer Str. 1a | 76137 Karlsruhe  
Bearbeitung: Gregor Breuninger | Datum: 18.06.2026

## ANGRIFFE AUF DEN SOZIALSTAAT?

## WARUM SIE DICH BETREFFEN!

# SOZIALSTAAT BÜNDNIS!

#radikalsozial

Demo und Kundgebung am 11. Juli um 11:00 Uhr  
Festplatz  
Zwischenkundgebung am ver.di Haus und Abschluss auf dem Friedrichsplatz

## WER WIR SIND

Wir sind die regionale Umsetzung eines bundesweiten Bündnisses verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, welche kritisieren, dass der Sozialstaat zunehmend als unfinanzierbar oder reiner Kostenfaktor dargestellt wird. Wir setzen dem eine positive, faktenbasierte Perspektive entgegen. Der Sozialstaat ist – für das Land mit dem dritthöchsten Bruttoinlandsprodukt pro Kopf auf dieser Welt – nicht nur finanzierbar, sondern tatsächlich essentiell für

sozialen Frieden,

wirtschaftliche  
Teilhabe und

demokratische  
Stabilität.



Die Bundesregierung (CDU/CSU&SPD) sind im Begriff mehrere Gesetze im Schweinsgalopp zu verabschieden. Diese werten wir größtenteils als Angriffe auf unseren Sozialstaat. Dazu zählen Änderungen im Sozialgesetzbuch, dem Arbeitszeitgesetz aber vor allem die Verabschiedung des

- GKV-Beitragsstabilisierungsgesetz (GKV-BStabG) und des
- Pflegeneuordnungsgesetzes (PNOG).

Sollten diese Gesetze in der aktuellen Form verabschiedet werden, wirst auch du deutliche Nachteile erfahren.

## WAS AUF DICH ZUKOMMT!

### ALS PATIENT\*IN

- höhere Selbstbeteiligungen (z.B. Medikamente, Hilfsmittel, Zahnersatz)
- Leistungseinschränkungen (z.B. Krebsvorsorge, Impfungen)
- längere Wartezeiten bei akuten, kurzfristigen Terminen
- Einbußen beim Krankengeld durch Teilkrankschreibung

### ALS PFLEGEBEDÜRFTIGE PERSON

- steigende Eigenanteile im Pflegeheim
- weniger Zuschüsse
- längeres Warten auf Zuschüsse
- schwierigeres Erreichen von Pflegegraden
- höhere Intransparenz der Leistungsabrechnung

## WAS AUF DICH ZUKOMMT!

### ALS BÜRGER\*IN

- höhere Kosten für Kommunen wegen steigendem Sozialhilfebedarf (z.B. "Hilfe zur Pflege")
- höhere Kosten für Kommunen als Träger der kommunalen Gesundheitsversorgung
- Arbeitsverdichtung bei den Sozialämtern

### ALLGEMEIN ALS ARBEITNEHMER\*IN

- Aufweichung des 8-Stunden-Tages (z.B. Arbeitstage von bis zu 13 Stunden inklusive 45 Minuten Pause)
- Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre
- Absenkung des Rentenniveaus
- neue Grundsicherung mit massiven Sanktionen (bis zur Obdachlosigkeit)

### ALS ARBEITNEHMER\*IN IM GESUNDHEITSWESEN

- Aufgabenveränderungen wegen Begrenzung des Pflegebudgets
- noch weniger Zeit für qualitative Pflege/Betreuung wegen steigendem Kostendruck
- Reallohnverlust mangels voller Refinanzierung von Tarifsteigerungen
- Personalabwanderung und Nachwuchsmangel wegen unattraktiver Arbeitsbedingungen
- Arbeitsverdichtung durch steigenden Personalmangel

